

Maßstab: „Nur der Bürgerwille“

FWG-Lage erläutert Wahlprogramm: Gegen eine Politik „nach Gutsherrenart“

Lage (wi). „Der Slogan ‚Für eine Stadt ohne Filz und Klüngel‘ ist ganz bewusst und nicht ohne Grund gewählt worden. Denn unser Eindruck von der zurückliegenden Legislaturperiode ist nicht der beste.“ Für die FWG-Fraktionsvorsitzende und -Bürgermeister-Kandidatin Angelika Richter sowie die Ratskandidaten der Freien Wählergemeinschaft (FWG) bedeuten die Kommunalwahlen am 30. August die Chance für eine grundlegende Änderung der Lagenser Lokalpolitik. Im Gegensatz zur Politik der CDU/SPD/FDP-Koalition der jüngsten fünf Jahre werde sich die FWG „konsequent für die Umsetzung der Bürgerinteressen“ einsetzen. FWG-Politik werde sich - wie bereits in der Vergangenheit geschehen - auch in der kommenden Legislaturperiode „nur am Bürgerwillen und nicht an privaten Interessen ausrichten.“

Bürgermeister Christian Liebrecht habe bei seinem Amtsantritt versprochen, für mehr Offenheit, Transparenz und eine größere Bürgerbeteiligung zu sorgen - doch, so Angelika Richter bei der Erläuterung des FWG-Wahlprogramms vor der Presse: „Gerade das hat es nicht gegeben.“ Geradezu „gnadenlos“ sei gegen die Opposition im Rat vorgegangen worden. Anträge seien „wenn überhaupt, dann nur widerwillig“ auf die Tagesordnung gesetzt worden. Richter: „Selbst Anträge zur Einbindung des Bürgers wurden gnadenlos niedergestimmt. Entscheidungsprozesse haben allenfalls in kleinen Zirkeln, aber nicht im Ausschuss oder Rat stattgefunden.“

FWG-Ratskandidat Siegfried Reker erinnert an die Bereisung von Shopping-Centern durch Lagenser Rats- und Werbegemeinschaftsmitglieder (der Postillon berichtet). Politiker und Geschäftsleute der besuchten Städte hätten den Besuchern aus Lage empfohlen, vor jeder Innenstadtentwicklung einen entsprechenden „Masterplan“ zu entwickeln, doch diese Anregung sei bei den Entscheidungsträgern in Reihen der Lagenser Politik und Verwaltung offenbar auf taube Ohren gestoßen. Ein „Masterplan-Antrag“ der FWG zur Innenstadt- und Ortsteilentwick-

lung sei abgelehnt worden. Stattdessen hätten Bürgermeister und Koalition ihr Vorhaben einer „Innenstadtstudie“ vorgestellt und abgesegnet, um „selbst die Lorbeeren zu ernten.“ Für Argumente der Opposition habe keiner ein offenes Ohr, sie würden überhaupt nicht zur Kenntnis genommen oder gezielt in falscher Art und Weise wiedergegeben. Angelika Richter: „Tagesordnungspunkte und Vorhaben der großen Koalition wurden hingegen nach Gutsherrenart durchgezogen und abgestimmt.“

FWG-Kandidat Günther Meier sieht in der politischen Behandlung des Wunsches von Bürgern nach einer Gesamtschule, dokumentiert durch die Abgabe von 700 Unterschriften, ebenfalls eine Missachtung des Bürgerwillens. Anstatt dem „klar erkennbaren Gesamtschulwunsch“ nachzugehen, plädiere die SPD dafür, ein Gutachten in Auftrag zu geben. Hier zeige sich, dass die Koalition und der Bürgermeister durch ihr Festlegen auf das „PPP-Modell Schulen“ in eine Sackgasse geraten seien, weil sie mit dem auf 25 Jahre angelegten PPP-Modell einer sich verändernden Schullandschaft kaum Rechnung tragen könnten. Die Schulbauten durch PPP, die Folgekosten und die Bindung über 25 Jahre würden sich negativ auswirken.

Bürgerinteressen seien ebenfalls nicht berücksichtigt worden

bei den Beschlüssen zum West-Carré und den Vorschlägen zur Neutrassierung der B 239.

Konstruktive Ziele

Es könne sein, so Angelika Richter, dass der in die Abläufe im Rat nicht einbezogene Bürger von der großen Koalition und dem Bürgermeister unter Umständen einen anderen Eindruck gewonnen habe als den von der FWG geschilderten. Das verwundere kaum, denn es seien keine Mühen gescheut worden, die Freie Wählergemeinschaft und ihre Mitglieder als „Querulanten und Neinsager“ darzustellen.

Die FWG sei jedoch nicht destruktiv, sondern verfolge aktiv konstruktive Ziele, wie sie zum Beispiel der beantragte Masterplan für die Innenstadt und die Ortsteile beinhaltet: Zur Bestandssicherung Lages als Stadt des Sports sollte ein Sportstätten-Entwicklungsplan erarbeitet werden. Bei den Freizeiteinrichtungen müsse der Fortbestand der Freibäder in einem solchen Plan verankert sein. Auch das Werreanger-Freibad müsse trotz unwirtschaftlicher Betriebsführung erhalten bleiben. Die öffentliche Hand habe hier eine Pflichtaufgabe gegenüber dem Bürger zu erfüllen.

Bei der Innenstadtentwicklung müsse eine nachhaltige und nachvollziehbare Entfaltung stattfinden. Ein Elektromarkt in der Innenstadt sei ein absolutes Muss ...

Angelika Richter: „So traurig die jüngste Geschäftsaufgabe eines Textilfilialisten in der Bergstraße möglicherweise auch ist, so eröffnet sich hier dennoch eine neue Chance, denn in den Räumen könnte ein Elektromarkt eingerichtet werden.“

Kommunal wählen

Weitere FWG-Forderungen sind z.B. die Umsetzung der in der Hörste-Konferenz formulierten Ziele zum Erhalt des Luftkurortes und die Wiederaufnahme der Nachtbesetzung der Feuerwehr.

Die FWG bittet die Lagenser Bevölkerung, am 30. August zur Wahl zu gehen und ihre Stimme abzugeben. Wer unzufrieden sei mit der Politik der Koalition und der Arbeit des Bürgermeisters, könne dies am besten mit seiner Stimmabgabe dokumentieren - und nicht mit der Nichtteilnahme an der Wahl. Wer zur Kommunalwahl gehe, sollte sich auch nicht von landes- oder bundespolitischen Themen und Vorstellungen leiten lassen, sondern kommunalorientiert wählen. Angelika Richter: „Unsere Stadt kann nur dann zukunftsfähig und attraktiv werden, wenn bei der Kommunalwahl die von den Politikern vor Ort tatsächlich erbrachten Leistungen durch das Wahlkreuz bewertet werden.“

Weitere Informationen auf der Internetpräsenz www.fwg-lage.de



Wollen sich einsetzen „für eine Stadt ohne Filz und Klüngel“ - die FWG-Kandidaten (von links): Siegfried Reker, Wilhelm Johannesmann, Hans-Helmut Kuhlmann, Günther Meier, Angelika Richter und Otto Lücke.

Foto: wi